

## NACHRICHTEN

**2000 Soldaten zu Manövern ins Kosovo**

BRÜSSEL/PRISTINA: Die NATO will im kommenden Monat 2000 Soldaten zu Manövern ins Kosovo entsenden. Wie das militärische NATO-Oberkommando in Europa am Montag erklärte, sollen die Soldaten vom 19. März bis 10. April an Übungen in der Region teilnehmen. Sprecher der internationalen Kosovo-Friedenstruppe KFOR hatten zuvor in Pristina mitgeteilt, die Entsendung der Truppen sei keine Reaktion auf die jüngste Gewalt im Kosovo. Sie stehe auch in keinerlei Zusammenhang mit der Forderung von NATO-Überbehlschabers in Europa, General Wesley Clark, nach einer Verstärkung der KFOR um weitere 2000 Mann. Die NATO hatte Clarks Gesuch vergangene Woche mit der Begründung angelehnt, im Kosovo stünden bereits genügend Soldaten bereit.

**Polizei prügelte Falungong-Mitglied zu Tode**

PEKING: Nach Misshandlungen durch die Polizei ist eine 60-jährige Anhängerin der chinesischen Meditationsbewegung Falungong einer Menschenrechtsgruppe gestorben. Polizisten hätten die zu Tode geprügelt, erklärte das Zentrum für Menschenrechte und Demokratiebewegung in China am Montag in Hongkong. Die Gruppe kündigte an, die Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen (UNO), Mary Robinson, vor ihrem für Anfang März geplanten China-Besuch auf Menschenrechtsverstöße in der Volksrepublik aufmerksam zu machen. Auf Aufforderung der Polizei hätten Familienmitglieder die Leiche am 21. Februar nach vier Tagen Haft abgeholt, erklärte die Menschenrechtsgruppe. Die Ohren des Leichnams waren demnach blutverschmiert, zudem sei die Leiche mit blauen Flecken übersät gewesen. Ausserdem seien der Frau Zähne ausgeschlagen worden. Sie sei als Mitglied der verbotenen Falungong-Bewegung unter dem Verdacht festgenommen worden, sie wolle in Peking ein Gesuch zur Aufhebung des Verbots der Meditationsbewegung stellen. Im Juli vergangenen Jahres hatte die chinesische Regierung Falungong als staatsfeindlich verboten und im Oktober zu einer illegalen Sekte erklärt.

**Premierminister Rwigema zurückgetreten**

KIGALI: Der ruandische Premierminister Pierre Celestine Rwigema ist am Montag zurückgetreten. Das wurde in Kigali offiziell bestätigt. Rwigema soll seinen Posten aus Protest gegen den zunehmenden Einfluss von Lobbygruppen auf die Regierung des kleinen zentralafrikanischen Staates zur Verfügung gestellt haben. In der vergangenen Woche war die Armee neu besetzt worden, und in die nationale Polizei wurden paramilitärische Verbände eingegliedert. Ob der Rücktritt des Regierungschefs mit diesen Entscheidungen zusammenhängt, war nicht bekannt. Als «starker Mann» in Ruanda gilt Vizepräsident und Verteidigungsminister Paul Kagame, ein Tutsi. Ruanda ist einer der sechs Staaten, die in den Bürgerkrieg in Kongo verwickelt sind.

**Sprengstoffanschlag auf serbischen Schulbus**

KOSOVSKA MITROVICA: Bei einem Anschlag im Kosovo ist ein serbischer Schulbus schwer beschädigt worden. Der Bus hatte Schulkinder in den serbischen Nordteil der Stadt Kosovska Mitrovica gebracht, als er auf der Rückkehr auf eine Mine fuhr. Der Fahrer blieb laut Angaben des Belgrader Senders B2-92 unverletzt. Durch die Wucht der Explosion entstand ein rund ein Meter breiter und 50 Zentimeter tiefer Krater in der Strasse. Soldaten der KFOR-Truppe riegelten die Strasse ab. Ein KFOR-Vertreter sprach von einem «Akt der Gewalt».

**Prozess gegen Serben**

DEN HAAG: Vor dem UNO-Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien in Den Haag hat am Montag das Verfahren gegen vier bosnische Serben begonnen. Sie sind wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angeklagt. Miroslav Kvočka, Milojica Kos, Mlado Radic und Zoran Zigic werden beschuldigt, während des Bosnien-Krieges zwischen Mai und August 1992 in den nordwestbosnischen Lagern Omarska, Keraterm und Trnopolje gefangene Moslems und bosnische Kroaten gefoltert und ermordet zu haben.

**Haider tritt als FPÖ-Chef ab**

Vize-Kanzlerin Riess-Passer soll Nachfolgerin werden

WIEN: Der umstrittene österreichische Rechtspopulist Jörg Haider tritt als Vorsitzender seiner Freiheitlichen Partei (FPÖ) ab.

Nur drei Wochen nach dem bisherigen Höhepunkt seiner Karriere ist der österreichische Rechtspopulist Jörg Haider als Vorsitzender seiner Freiheitlichen Partei (FPÖ) zurückgetreten. Pünktlich zu seinem 50. Geburtstag hatte er zuvor stolz sagen können: «Mein Lebenswerk ist vollbracht.»

Das von ihm seit eineinhalb Jahrzehnten heftig attackierte «schwarz-rote Machtkartell», die Grosse Koalition zwischen Sozialdemokraten (SPÖ) und der konservativen Volkspartei (ÖVP), war nach über 13 Jahren endgültig zerbrochen.

Erstmals in der österreichischen Geschichte sitzen in der neuen rechtskonservativen Regierung FPÖ-Minister. Der erfolgreichste Rechtspopulist Europas hatte wie kein Anderer seit 1986 die österreichische Innenpolitik bestimmt. Damals hatte er die FPÖ als Fünf-Prozent-Partei übernommen.

**«Robin Hood» und «Radaubrueder»**

Mit immer neuen Vorwürfen der Vettern- und Pfründewirtschaft setzte er SPÖ und ÖVP unter Dauerdruk. Die Meinungsführerschaft



Er wolle «der Arbeit der Regierung nicht im Wege stehen», begründete Jörg Haider seine Entscheidung. (Bild: Keystone)

bei populären Themen wie die Forderung nach «Stopp dem Asylmissbrauch, Stopp der Überfremdung» hat die Haider-Partei zuletzt mit 27

Prozent zur zweitstärksten Kraft des Landes gemacht. Da die von Haider aufgeworfenen Sachthemen ebenso schnell wechselten wie sein

immer wieder umgestyltes modisches Äusseres, haben die Medien den FPÖ-Chef als «der mit sich und den Wählern tanzt» beschrieben. «Robin Hood der kleinen Leute, Rächer der Schlechtweggekommenen», wurde er genannt.

**Künftig «Aufsichtsrat»**

Haider will sich nach diesen Informationen auf die Position eines nicht näher beschriebenen «Aufsichtsrates» zurückziehen. Details zu seiner Entscheidung wollte Haider erst in einer Pressekonferenz bekannt geben.

Seinen Lebensraum, einmal selbst im Sessel des österreichischen Bundeskanzlers Platz zu nehmen, muss er nach seinem Rücktritt offenbar erneut verschieben.

Die Nachfolge an der Spitze der FPÖ soll die 39-jährige Vize-Kanzlerin Susanne Riess-Passer antreten. Sie hatte Haider schon 1996 als geschäftsführende Parteivorsitzende entlastet.

**USA: Rücktritt ist «Schritt in richtige Richtung»**

Die USA haben den Rücktritt Haiders als einen «Schritt in die richtige Richtung» bezeichnet. Dies beseitige jedoch noch nicht alle Bedenken gegen die Mitgliedschaft der FPÖ an der neuen Regierung in Österreich, sagte US-Aussenamtssprecher James Rubin in Washington.

**«Spektakuläres Ergebnis»**

SPD und CDU sehen sich nach Regionalwahl im Norden gestärkt

BERLIN: Die SPD wie auch die oppositionelle CDU sehen sich durch die Regionalwahl im norddeutschen Bundesland Schleswig-Holstein gestärkt. Jetzt gelte es, die Landtagswahl am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen, betonten beide Parteien in Berlin.

Die CDU sprach trotz der Niederlage in Kiel angesichts ihres Finanzskandals von einem «sehr respektablen Ergebnis». «Ohne die schwere Krise» der Partei hätte sie «mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit» gewonnen, sagte der scheidende Parteichef der Christdemokraten (CDU), Wolfgang Schäuble.

Nach Schäubles Worten soll auch jetzt die Diskussion über seine Nachfolge im Amt des Parteichefs offen geführt werden. Der Vorstand werde sich am 20. März wieder mit der Personalfrage befassen.

**Rühe sieht sich gestärkt**

Der CDU-Spitzenkandidat für die Schleswig-Holstein-Wahl, Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe, sprach von einer Entscheidung der Wähler über die Zukunft der Partei: «Es ist das Signal von Kiel, dass sie eine starke CDU wollen.»

Rühe sieht sich durch das Resultat gestärkt und will jetzt wieder in der nationalen Politik aktiv sein. Er und CDU-Generalsekretärin An-

gela Merkel gelten als mögliche Bewerber für das Amt des CDU-Parteichefs. Merkel wurde am Montag erstmals aus der bayerischen Schwesterpartei Christlich Soziale Union (CSU) unterstützt.

**Schröder: Erstklassige Vorlage für Düsseldorf**

Der SPD-Vorsitzende, Bundeskanzler Gerhard Schröder, wertete das Ergebnis in Schleswig-Holstein als «grossartig» und als Erfolg der dortigen rot-grünen Regierung sowie von Regierungschefin Heide Si-

monis. Der «ganzvolle» SPD-Wahlsieg sei eine «erstklassige Vorlage» für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Er hoffe für Nordrhein-Westfalen auf ein ähnliches Wahlergebnis wie in Schleswig-Holstein, sagte Schröder. Nach einer Serie von Wahlpleiten bei Regionalwahlen im vergangenen Jahr hatten die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein mit 43,1 Prozent (+3,3) gewonnen. Die CDU kam auf 35,2 Prozent (-2,0). Bis zum Bekanntwerden des Finanzskandals im vergangenen Herbst hatte sie zeitweise

um zehn Punkte vor der SPD gelegen.

**FDP im Aufwind**

Die FDP, die mit der CDU ein Bündnis eingehen wollte, verbesserte sich auf 7,6 Prozent (+1,9). Die Grünen schnitten mit 6,2 Prozent (-1,9) zwar schlechter als 1996, waren ab froh, problemlos die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Diese gilt nicht für den Südschleswigschen Wählerverband (SSW). Die Partei der dänischen Minderheit verbesserte sich auf 4,1 Prozent (+1,6).

Die Grünen auf Bundesebene sahen mit dem Resultat ihrer Partei den Abwärts-Trend «ein Stück gebremst, aber noch nicht umgekehrt».

Vorstandssprecherin Ante Radcke sagte, der Parteirat sei sich einig gewesen, nun den Parteitag vom März in Karlsruhe zu einem Erfolg zu machen. «Die FDP ist zurück auf der Bühne», erklärte deren Parteichef Wolfgang Gerhardt. Sie wolle wieder drittstärkste Kraft in Deutschland werden.

**Kiel: Rasche Koalition**

Nach ihrem Wahlsieg streben SPD und Grüne in Kiel einen schnellen Abschluss der Verhandlungen über eine Neuaufgabe der rot-grünen Koalition an. Simonis sagte, sie wünsche eine schnelle Vereinbarung.



Volker Rühe (rechts) diskutiert mit Jürgen Rüttgers das Wahlergebnis vom letzten Wochenende.

**Widerstand wird schwächer**

Gil-Robles besucht Grosny

MOSKAU/GROSNY: Der militärische Widerstand der Tschetschenen wird nach Einschätzung der russischen Armee immer schwächer. Das sagte der Vize-Kommandant des Kaukasus-Kommandos, General Gennadi Troschew, dem Menschenrechtskommissar des Europarates.

Alvaro Gil-Robles zeigte sich bei seinem Besuch in der tschetscheni-

schen Hauptstadt Grosny «beunruhigt über das Ausmass des Leidens». Er traf nach russischen Angaben mit Verantwortlichen der Verwaltung Grosnys zusammen und sprach mit Einwohnern in einem Zentrum für Nahrungsmittelverteilung. Gil-Robles war nach Tschetschenien gekommen, um sich von den Lebensumständen der Zivilbevölkerung ein Bild zu ma-

chen, nachdem der russischen Armee Folterungen und andere Menschenrechtsverstöße vorgeworfen worden waren. Nach Grosny will er das Gefangenlager Tschernokosowo besuchen. Vor der Ankunft des Vertreters des Europarates wurden die Gebäudfassaden neu gestrichen. Die Kämpfe gingen untermessen mit unverminderter Heftigkeit weiter.

**Vermittlungen gescheitert**

GAZA: Die Vermittlungsbemühungen der USA im Nahost-Friedensprozess sind vorerst gescheitert. Nach einem Treffen mit Palästinenserpräsident Arafat sagte US-Vermittler Ross in Gaza, es sei ihm nicht gelungen, wieder Bewegung in die festgefahrene Gespräche zu bringen. Während einer Woche hatte Dennis Ross wiederholt mit Arafat und Israels Ministerpräsident Barak beraten.